

# Gefährliche Versprechen

Schicksalsjahr 1916: Vor einhundert Jahren ordneten Briten und Franzosen den Nahen Osten neu – nach alter kolonialer Tradition und mit blutigen Folgen bis heute **VON JÖRN LEONHARD**

# M

anomal hat die Geschichte Farben. Im Januar 1916 war sie plötzlich rot und blau. Auf den Landkarten des Mittleren und Nahen Ostens, die Diplomaten, Militärs und Geografen in der französischen Botschaft in London ausbreiteten, vermittelten diese Farben Stabilität und Ordnung. Mit Rot und Blau markierten die Experten unter der Leitung von Mark Sykes und François Georges-Picot Anfang 1916 jene Zonen, die man in London und Paris nach dem Ende des Weltkrieges und der Aufteilung des Osmanischen Reiches unter sich festlegen wollte.

Das imperiale Rot war schon vor 1914 zur Farbe des Britischen Empires geworden. Auch die beiden Delegationsführer, Sykes und Picot, waren klassische Vertreter der kolonialen Eliten – erfahren auf den Schauplätzen der Kolonialreiche, egal ob in Südafrika, Asien oder im Vorderen Orient. Vor allem Sykes hatte die Region schon vor 1914 und dann als Mitglied des Bunsen-Komitees bereist, das die britische Regierung in Fragen des Nahen Ostens beriet.

Das Ergebnis des Abkommens war eine Neuordnung, deren Erbschaften nicht nur die Phase zwischen den Weltkriegen prägten, sondern bis in unsere Gegenwart reichen. Die Regionen und Orte, um die es damals ging, begegnen uns heute in den verstörenden Nachrichten aus den Todeszonen Syriens und des Iraks. Und im Sommer 2014 hissten Kämpfer des sogenannten Islamischen Staats Fahnen in syrischen Wüstenregionen, auf denen sie das Ende der 1916 festgelegten Grenzen verkündeten.

Dass es eine solche Grenzziehung geben könnte, war zu Beginn des Ersten Weltkrieges nicht abzusehen: An eine Aufteilung des Osmanischen Reiches wagte im Sommer 1914 niemand zu denken, und noch im Januar 1915 betonten die Außenminister in London und Paris, dass man es als internationalen Akteur stützen müsse. Britische Diplomaten und Militärs befürchteten, dass eine Demütigung des Sultans und Kalifen einen Heiligen Krieg auslösen würde, der auf die muslimische Bevölkerung Indiens übergreifen könnte. Frankreich, das im Osmanischen Reich investiert hatte, baute ebenfalls auf Stabilität.

Der Kriegsverlauf zwang Briten und Franzosen zum Umdenken. Ende Oktober 1914 war Konstantinopel an der Seite der Mittelmächte Deutschland und Österreich in den Krieg eingetreten; 1915 konnte sich das osmanische Militär, anders als erwartet, in der Schlacht von Gallipoli erfolgreich behaupten. Die Blockade des Schwarzen Meeres durch die Mittelmächte wiederum setzte Russland unter Druck, weil der strategisch wichtige Nachschub für die Fronten über die Krimhäfen stockte. Zeitgleich operierten osmanische Kämpfer in Mesopotamien erfolgreich gegen die britisch-indischen Expeditionstruppen.

Als sich die Situation des russischen Verbündeten durch die deutschen Vorstöße im Osten zuspitzte, wuchs die Angst, Russland könne nach einem möglichen Sonderfrieden aus dem Krieg ausscheiden. Der britische Außenminister Edward Grey ließ deshalb im Frühjahr 1915 einen geheimen Vertrag aufsetzen, der Russland erhebliche Gebietsgewinne in Aussicht stellte, falls die Alliierten über das Osmanische Reich siegen würden: Unter anderem sollte das Zarenreich Konstantinopel und das Westufer der Meerengen erhalten. Dafür gewährte Zar Nikolaus Frankreich und Großbritannien freie Hand bei der künftigen Behandlung des Deutschen Reiches. Und er unterstützte französische Forderungen nach Gebieten in Syrien, Kilikien (an der südöstlichen Mittelmeerküste der heutigen Türkei) und Palästina.

Eine Aufteilung des Osmanischen Reiches war fortan beschlossene Sache. Und schon jetzt zeichnete sich ab, dass die Bedürfnisse der mehr als 20 Ethnien im osmanischen Vielvölkerreich dabei keine Rolle spielen würden, sondern primär die strategischen Interessen Großbritanniens und Frankreichs. Diese Tendenz, Gebiete aus machtpolitischen Erwägungen ohne Rücksicht auf gewachsene Bindungen oder die Interessen der ansässigen Bevölkerungen zu verteilen, erinnert durchaus an manche Regelungen des Wiener Kongresses von 1814/15.

Die britische Politik stellte damit auf lange Sicht Weichen für die weitere Entwicklung der Region, die mit dem Sueskanal und Ägypten von

fundamentaler Bedeutung für die globale Vernetzung des Empires war. Und nach der bitteren Einsicht, dass der Krieg länger dauern würde als erwartet, suchte man nun auch hier nach Partnern im Kampf gegen die Mittelmächte.

Bereits 1915 begann der britische Hochkommissar in Ägypten, Sir Henry McMahon, mit Hussein ibn Ali zu verhandeln, dem Scherifen von Mekka und Führer des Hedschas, der Region im heutigen Saudi-Arabien, in der die heiligen Stätten der Muslime liegen. Er sollte arabischstämmige Soldaten der osmanischen Armee zum Desertieren bewegen und ganze Kontingente in den Kampf gegen den Sultan führen. Dafür versprach man, ihn bei der Gründung eines arabischen Königreichs zu unterstützen.

Die Führer der arabischen Stämme beteiligten sich ebenfalls an dieser Praxis gegenseitiger Versprechungen. Zu den in Aussicht gestellten Massendestertionen arabischer Soldaten kam es allerdings

direkter Verwaltung und indirekter Kontrolle unterschieden. Zur ersten Kategorie zählten Kilikien und die Regionen der syrischen Küste (siehe Grafik).

Im Gebiet zwischen Damaskus, Aleppo und Mossul schließlich sollte das versprochene arabische Herrschaftsgebiet entstehen. Nur: Sollte es sich um einen unabhängigen Staat handeln? Um eine Monarchie? Um eine Konföderation mehrerer Staaten mit arabischem Oberhaupt? Oder um ein Gebilde unter Aufsicht Großbritanniens und Frankreichs? Für diese Fragen interessierten sich die Alliierten kaum. Sie dachten rein strategisch und hofften, die Araber als Partner im Krieg gegen das Osmanische Reich zu gewinnen. Die Möglichkeit eines eigenen Staates knüpfte man ferner daran, dass die Araber die wichtigsten Städte des in Aussicht gestellten Territoriums selbst erobern würden – Städte, die uns heute als Orte der Gewalt bekannt sind: Neben Damaskus waren dies vor allem Homs und Aleppo.

zwischen dem von Russland unterstützten Armenien und Aserbaidschan zeigen, dem der türkische Präsident erst jüngst seine unbedingte Hilfe zusicherte.

Was die Diplomaten 1916 übersahen, waren die einheimischen Bevölkerungen. Schon die Diskussion um einen unabhängigen arabischen Staat ging an der ethnischen und sozialen Realität vorbei. Von einem homogenen Panarabismus konnte keine Rede sein. Innerhalb der schmalen Schicht von Intellektuellen im Nahen Osten konkurrierten sehr verschiedene Strömungen miteinander, und nur eine Minderheit der regionalen Führer verfolgte überhaupt das Ziel, einen eigenen arabischen Staat zu begründen.

Auch der schließlich errungene Sieg in der Arabischen Revolte unter der Führung Hussein ibn Alis gegen die Osmanen ließ keine homogene Bewegung entstehen. Neben Anhängern einer arabischen Staatenlösung standen Vertreter eines Großsyriens, die das Gebiet des heutigen Syriens, des Libanons,

jüdischen Staates stark – ein Engagement, das im November 1917 in die Balfour-Deklaration mündete. Was waren die Motive dafür? Christlicher Philosemitismus mochte eine Rolle gespielt haben. Die meisten Politiker aber argumentierten mit einem antijüdischen Stereotyp: dem angeblich weltweiten Einfluss der Juden – zumal auf potenzielle Kreditgeber in Nordamerika. Für den Krieg gegen die Mittelmächte könne dies nur von Nutzen sein.

Die 1917 noch vage formulierte Unterstützungserklärung entwickelte bald eine Eigendynamik, die den anderen von Großbritannien in der Region verfolgten Strategien zuwiderlief. Panarabische Tendenzen hier, zionistische Ideen dort, dazwischen eigene Interessenzonen – die Glaubwürdigkeit der europäischen Politik sollte durch dieses widersprüchliche Agieren und das Lavieren zwischen Zugeständnissen gegenüber verschiedenen regionalen Führern nachhaltig beschädigt werden.

Dass das Sykes-Picot-Abkommen von 1916 die Tradition früherer Kolonialkompromisse fortsetzte, entging auch den Zeitgenossen nicht. Die Bolschewiki veröffentlichten das geheime Abkommen im Dezember 1917, um die »imperialistischen Verschwörungen« der Westmächte offenzulegen. Die arabischen Führer indes reagierten nur kurz irritiert, denn die militärische Lage des Osmanischen Reiches war zu diesem Zeitpunkt bereits so prekär, dass sich alle Blicke auf die Beteiligung an der sich abzeichnenden Nachkriegsordnung richteten.

Das Abkommen allerdings hatte in diesem Zusammenhang Erwartungen geschürt, die sich in der Praxis nicht durchsetzen ließen: Es lief auf ein Nebeneinander konkurrierender Ordnungsmodelle hinaus, und so begannen im Mai 1916 jene Probleme, mit denen sich die Diplomaten auf den Friedenskonferenzen in Paris 1919 befassen mussten.

Für einen Moment schien es dort, als würde das Versprechen des US-Präsidenten Woodrow Wilson wahr: eine Nachkriegsordnung auf der Grundlage der nationalen Selbstbestimmung. Aber konnten das, was Polen, Tschechen, Slowaken, Serben, Balten, Finnen oder Iren für sich reklamierten, auch asiatische oder afrikanische Kolonialgesellschaften beanspruchen? Würde es auch für Araber, Ägypter und Inder gelten, also für jene Regionen, die für das britische und das französische Kolonialreich eine immer größere Bedeutung bekommen hatten?

Das Ergebnis der Konferenzen wies in eine andere Richtung: Die Kolonialreiche der Briten und Franzosen erreichten durch die Aufteilung der deutschen Kolonien, vor allem aber durch die im Sykes-Picot-Abkommen definierten Einflusszonen und die Mandate des Völkerbundes im Mittleren und Nahen Osten, ihre maximale Ausdehnung. Erfolgreich verhinderten die westeuropäischen Diplomaten in Paris, dass Wilsons Programm zum Ausgangspunkt für eine umfassende Dekolonisierung wurde. Daher bedeutete das Ende des Krieges für viele Weltregionen gerade nicht das Ende der Gewalt.

Die Enttäuschung über die Friedenskonferenzen mündete in Unruhen und Aufstände – in Osteuropa und im Mittleren und Nahen Osten, in der Zerfallszone der Vielvölkerreiche Russland und Österreich-Ungarn sowie des multiethnischen Osmanischen Reiches, wo der Weltkrieg in Bürgerkriege und ethnische Konflikte übergang und zum Staatszerfall führte. So verdeckte der westeuropäische Fokus auf das Kriegsende im November 1918 die Entstehung ganz neuer Gewaltzentren: innerhalb Europas in Irland, wo 1918 Bürgerkrieg einsetzte, im Baltikum, aber eben auch im Nahen und Mittleren Osten sowie in Indien, wo es 1919 zum Massaker von Amritsar kam.

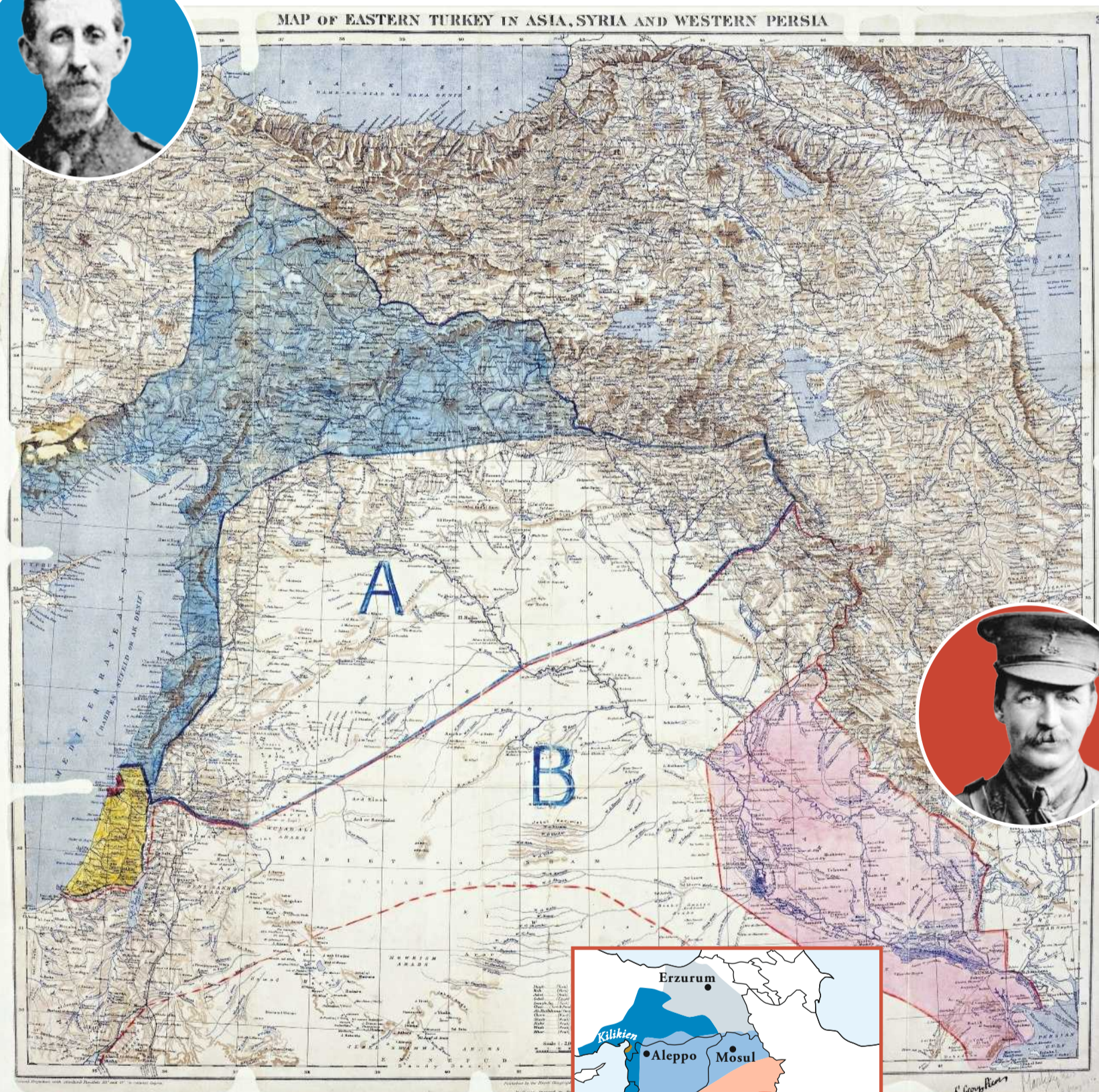
Henri Barbusse, der Autor des schonungslosen Kriegsbuches *Le feu (Das Feuer)*, schrieb 1918: »Menschheit statt Nation. 1789 riefen die Revolutionäre: Alle Franzosen sind gleich.« Wir sagen: »Alle Menschen! Die Gleichheit erfordert gemeinsame Regeln für alle Menschen der Erde.« Diese Hoffnung lebt bis heute fort. Zugleich aber wurde auch die Enttäuschung über die Ergebnisse der Nachkriegsordnung zu einer Grundenerfahrung des 20. Jahrhunderts.

Die Neudefinition der Außenpolitik als »Weltinnenpolitik« ist ein Indiz dafür, dass sich ungelöste Probleme lediglich verlagert haben. Wo früher Kriege geführt wurden, sind es heute neue, fließende Formen von Gewalt: Bürgerkriege, ethnische Konflikte, Terror und Kriminalität. Zugleich erinnert uns die Krise des Mittleren und Nahen Ostens daran, wie viel die Fragilität dieser Region mit den Erbschaften des Ersten Weltkrieges zu tun hat – mit den Widersprüchen der europäischen Politik und der kolonialen Anmaßung, komplizierte Räume durch zwei Farben ordnen zu wollen.

Jörn Leonhard ist Professor für Neuere und Neueste Geschichte Europas an der Universität Freiburg. 2014 erschien sein Buch »Die Büchse der Pandora« über den Ersten Weltkrieg. Zurzeit arbeitet er an einer Globalgeschichte der Friedensverträge zwischen 1918 und 1923



Die Verhandlungsführer von 1916: François Georges-Picot (l.) und Mark Sykes (r. unten)



Die Sykes-Picot-Linie trennte die französische Einflusszone (A) von der britischen (B). In Teilen entspricht sie der heutigen Grenze zwischen Syrien und dem Irak

## Serie: Das Erbe der Kolonialzeit (3)

Welche Spuren hat der Kolonialismus hinterlassen? Dieser Frage widmen wir uns auf der Geschichtsseite in loser Reihe. Eröffnet wurde sie mit einem Überblicksessay (ZEIT Nr. 11/16). Hier schildert der Freiburger Historiker Jörn Leonhard, welche Rolle das **Sykes-Picot-Abkommen** von 1916 für die Entwicklung des **Nahen Ostens** spielte.

nie. Und auch der Westen hielt nicht Wort: Die britischen Versprechungen wurden von den Arabern als Zusage für eine weitgehende staatliche Unabhängigkeit gewertet. Tatsächlich aber nahmen britische und französische Experten in London 1916 mit den Farben Rot und Blau eine ganz andere Nachkriegsordnung in Angriff.

Mit Rot waren die Provinzen Bagdad und Basra markiert, die den Briten künftig als Protektorat zugeordnet und damit ihrer direkten Verwaltung und Kontrolle unterstellt werden sollten. Darüber hinaus gestand das Abkommen den Briten eine Region informeller Kontrolle zu, die vom irakischen Kirkuk bis nach Gaza reichte. Blau waren die Zonen eingefärbt, die Frankreichs Herrschaftsbereich definierten. Auch hier war wie bei den Briten zwischen

Auch für Palästina suchte man in London eine Lösung: Das Sykes-Picot-Abkommen sah eine internationale Verwaltung vor, deren Ausgestaltung jedoch offen blieb. Ferner sollte der Hafen von Haifa als Endpunkt einer neu zu errichtenden Ölpipeline aus dem Irak unter britischer Kontrolle einen besonderen Status erhalten – was zeigt, wie bedeutend die Ressource Öl in diesem Weltkrieg geworden war.

Schließlich stellte man der russischen Regierung in Anlehnung an den Geheimvertrag von 1915 mit Gebieten in Ostanatolien ein Stück aus dem Kuchen des Osmanischen Reiches in Aussicht. Diese gesamte Region ist bis heute eine Konfliktregion geblieben – wie die gegenwärtigen Auseinandersetzungen um die autonome Region Berg-Karabach

Palästinas und Israels beanspruchten. Andere Gruppen stritten für einen unabhängigen Libanon oder einen irakischen Staat. Zwar wurden die panarabischen Kreise unter den Haschemiten während des Krieges von der britischen Führung besonders unterstützt, aber auch sie repräsentierten nur eine Strömung unter vielen.

Zeitgleich ging die britische Regierung immer stärker auf die britischen Zionisten unter Chaim Weizmann ein: Schon früh hatte Weizmann sich für die Idee des Zionismus begeistert, die Theodor Herzl in seiner Schrift *Der Judenstaat* entwickelt hatte. Dieser Staat, so schwebte es Weizmann vor, sollte im historischen Gebiet Palästinas entstehen.

Von 1916 an machten sich mehr und mehr britische Politiker für die Gründung eines solchen